

Radwege vs. Brandschutz: Ämter lassen sich Zeit mit Lösungen für die Kantstraße. Die Radstreifen in der Charlottenburger Kantstraße sind möglicherweise lebensgefährlich für Anwohner, falls ein Brand in einem Haus ausbricht. Der Feuerwehr fehlen offenbar Aufstellflächen für ihre Wagen mit Drehleitern. Nach Beschwerden und einer Strafanzeige gegen Verkehrssenatorin **Regine Günther** (Grüne) hatten sich Vertreter der Senatsverwaltung, der Feuerwehr und der bezirklichen Bauaufsicht bereits im Oktober 2020 zur Ortsbesichtigung an den Pop-Up-Radwegen getroffen. Doch geschehen ist seitdem nichts.

Es gebe „immer noch keine akzeptable Einigung“ zwischen der Senatsbehörde und dem Bezirk, heißt es in einem Antwortschreiben, das die Bauaufsicht vor wenigen Tagen dem Hausverwalter **Rolf Harms** sandte. Er betreut selbst keine Immobilien in der Kantstraße, setzt sich aber für die Interessen eines befreundeten Hauseigentümers ein. Dieser „ältere Herr“ sei ein Architekt und kenne sich mit dem Brandschutz aus, habe ihn jedoch um Hilfe gebeten, weil ihm der Streit mit Ämtern zu anstrengend wäre.

Ein beauftragter Sachverständiger habe die Situation in der Kantstraße untersucht. Demnach sei in rund 35 Häusern mit insgesamt etwa 100 Wohnungen kein zweiter Rettungsweg gewährleistet.

Im September 2020 stellte Harms die Anzeige gegen Senatorin Günther. Zwei Monate später lehnte die Staatsanwaltschaft die Einleitung eines Verfahrens ab. Nicht bei jedem rechtswidrigen Verhalten handele es sich um eine Straftat, hieß es. Außerdem sei die Staatsanwaltschaft nicht dafür zuständig, zu überprüfen, ob Brandschutzvorschriften befolgt werden. Dafür wäre eine Klage bei den „Fachgerichten“ der richtige Weg.

Als Problem gelten Abschnitte der Kantstraße, in denen Autoparkplätze zwischen den temporären Radstreifen und der Fahrbahn angelegt wurden, um die Radler vor dem motorisierten Verkehr zu schützen. Die geparkten Autos würden Feuerwehrwagen im Wege stehen, sagt Harms. Darüber hinaus könne die nur noch einspurige Fahrbahn die Rettungskräfte schon auf dem Weg zum Brandort behindern. Wegen des Mittelstreifens mit einem Zaun hätten Autofahrer keine Möglichkeit, auszuweichen.

An sich habe er nichts gegen Radwege, betont Harms. „Ich fahre liebend gerne Rad.“ Über fehlende zweite Rettungswege dürfe man jedoch nicht hinwegsehen. Normalerweise spreche die Bauaufsicht in solchen Fällen ein „sofortiges Nutzungsverbot“ für Wohnungen oberhalb der dritten Etage aus.

Die bezirkliche FDP-Fraktion sieht sich in ihrer Kritik an den Radstreifen bestätigt. „Unter dem Deckmantel von Pandemie und Verkehrssicherheit“ hätten der Senat und das Bezirksamt „die Betroffenen nicht ausreichend beteiligt“, sagte uns Fraktionschef **Felix Recke**. „Sowohl BVG als auch Feuerwehr haben frühzeitig deutlich gemacht, dass diese Planung so nicht verstetigt werden darf.“

Der Sinn der Radwege habe darin bestanden, Menschenleben im Verkehr zu schützen. „Wenn dies nun jedoch im Brandfall auf Kosten der Anwohner geht und wir sogar Menschenleben riskieren, muss der Pop-Up-Radweg sofort zurückgebaut werden!“, fordert Recke. Die FDP hatte [eigene Vorschläge zum Umbau der Straße](#) gemacht.

Die Feuerwehr beantwortete Fragen des Tagesspiegels nicht direkt, sondern schaltete die Senatsverwaltung für Inneres mit ein. Deren Sprecherin **Sylvia Schwab** räumt ein, dass enge Fahrbahnen „insbesondere bei hohen Verkehrsdichten“ die „Anfahrt von Einsatzfahrzeugen erschweren und ggf. zu Verzögerungen führen“. Richtig sei auch, dass „feste Installationen wie Poller oder Ähnliches die Ausweichmöglichkeiten anderer Verkehrsteilnehmer verringern“.

Andererseits „stellen geschützte Radwege kein grundsätzliches Problem für die Berliner Feuerwehr dar“, heißt es aus der Innenverwaltung. Mit „intelligenten Steuerungen von Verkehrsströmen“ und „umfassenden Planungen im Vorfeld“ ließe sich die Situation verbessern. Bei einer „Überschreitung der technischen Möglichkeiten zur Gewährleistung des zweiten Rettungsweges“ über Leitern bitte die Senatsverkehrsverwaltung die Feuerwehr inzwischen regelmäßig um eine Stellungnahme – „so auch in der Kantstraße“.

Praktische Lösungen scheint es aber noch nicht zu geben. Die federführende Verkehrsverwaltung bekräftigte nur ihr Vorhaben, die temporären Radstreifen in der Kantstraße (und andernorts in Berlin) „zeitnah“ in dauerhafte Radwege umzuwandeln. Dabei werde „der Bezirk alle Beteiligten einbeziehen“, darunter „selbstverständlich auch die Feuerwehr“. Für die Kantstraße seien zuerst neue Markierungen „ohne bauliche Änderungen“ geplant. Später könnten „aufwändigere Anpassungen“ folgen.

Bezirks-Verkehrsstadtrat Oliver Schruoffeneger (Grüne) ist im Urlaub. Sein Büro teilte lediglich mit, dass man „weiterhin im Gespräch“ mit der Senatsverwaltung sei und „zurzeit keine weiteren Angaben gemacht werden können“.